

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.05.2019
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 19:39 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzende
Meyer, Elfriede

SPD-Fraktion
Götze, Horst
Meinen, Regina

GfE-Fraktion
Kruse, Detlef
Kruse, Doris

CDU-Fraktion
Kronshagen, Heinrich
Ringena, Hermann, Dr.

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Göring, André für Andrea Marsal

FDP-Fraktion
Mälzer, Frank (bis 18:48 Uhr)

Beratende Mitglieder
Attar, Ziad, Dr. (ab 17:07 Uhr)
Bornemann, Benjamin
Geerken, Rainer (17:10 Uhr bis 17:59 Uhr)
Holle, Stefanie (bis 18:15 Uhr)
Kamer, Stefan
Kandziora, Marianne
Kröger-Vodde, Erasmus
Malanowski, Jörn

Verwaltungsvorstand
Jahnke, Horst (bis 19:11 Uhr)

von der Verwaltung
Grendel, Volker
Knochenhauer, Annett
Snakker, Kerstin
Wahrenberg, Stephan (bis 19:30 Uhr)
Wermuth, Wilma
Leuffert, Cathrin
Pajeh, Jasamin (bis 17:24 Uhr)

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Protokollführung

Lenzion, Daje

Protokollführung

Seemann, Rainer

(bis 17:48 Uhr)

Ritter, Wolfgang

(bis 18:45 Uhr)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau E. Meyer begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau E. Meyer bittet darum, die Tagesordnung um den TOP 2.1 „Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG“ zu erweitern. Weiterhin schlägt sie vor, den Tagesordnungspunkt 10 „Vorstellung der Stadtteilinitiative Borssum (SIBO)“ vorzuziehen.

Beschluss: Die geänderte Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2.1 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau E. Meyer nimmt die Verpflichtung des beratenden Mitglieds Benjamin Bornemann gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 21.11.2018

Beschluss: Das Protokoll Nr. 13 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 21.11.2018 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Genehmigung des Protokolls Nr. 14 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales, des Jugendhilfeausschusses und des Schulausschusses vom 05.03.2019

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 14), des Jugendhilfeausschusses (Nr. 22) und des Schulausschusses (Nr. 19) vom 05.03.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Ergebnis: einstimmig

TOP 5 Genehmigung des Protokolls Nr. 15 über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales und des Ausschusses Stadtentwicklung und Umwelt vom 07.03.2019

Beschluss: Das Protokoll über die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales (Nr. 15) und des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt (Nr. 33) vom 07.03.2019 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 6 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 7 Nachbesetzung des fünfköpfigen Beratungsgremiums gem. § 116 Absatz 2 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (SGB XII)
Vorlage: 17/1088

Frau Snakker erläutert anhand der Vorlage 17/1088 die Nachbesetzung des fünfköpfigen Beratungsgremiums gem. § 116 Absatz 2 Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch.

Beschluss:

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales (GSO-Ausschuss) benennt

- a) aus seiner Mitte als Mitglieder des Beratungsgremiums (beratende Beteiligung sozial erfahrener Personen vor Erlass eines Widerspruchsbescheides in Sozialhilfeeingelegenheiten) sowie
- b) aus dem Kreis der Ratsmitglieder die Vertreter:

	Mitglied	Vertreter
SPD-Fraktion	Elfriede Meyer	Regina Meinen
SPD-Fraktion (neu)	Horst Götze	Lina Meyer
GfE-Fraktion	Detlef Kruse	Doris Kruse
CDU-Fraktion	Heinrich Kronshagen	Dr. Hermann Ringena
FDP-Fraktion	Frank Mälzer	Erwin Hoofdman

Ergebnis: einstimmig

Dafür: 8
Dagegen: 0
Enthaltungen: 1

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Kommunales Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit
Vorlage: 17/1091

Herr Grendel erläutert, im Jahre 2016 sei seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowohl in der Stadt Emden als auch im Landkreis Aurich ein Antrag gestellt worden, eine gemeinsame Gesundheitsregion zu bilden. Im Landkreis Aurich sowie in der Stadt Emden gebe es aufgrund der unterschiedlichen Strukturen jedoch unterschiedliche Datenstrukturen und spezielle Herausforderungen. Es sei daher damals auf Vorschlag der Verwaltung beschlossen worden, im Rahmen der freien Kooperation unter Hinzuziehung der Kassenärztlichen Vereinigung, der Ärztekammer und der Vertreterinnen und Vertretern der Ärzteschaft zusammenzuarbeiten. Hierzu hätten regelmäßige Treffen stattgefunden und es seien auch erste Projekte initiiert worden. Vor diesem Hintergrund werden die Möglichkeiten aus dem neuen Förderprogramm GKV-Bündnis für Gesundheit mit dem der Gesundheitsregion gegenübergestellt.

Herr Wahrenberg und **Herr Grendel** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation das kommunale Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dr. Ringena bittet um Erläuterung des Begriffes „vulnerable Zielgruppe“.

Herr Grendel erklärt, dass der Begriff aus dem Sprachgebrauch der Fördermittelgeber sei. Es solle identifiziert werden, wo besondere Handlungsbedarfe bestehen, um in der Gesundheitsförderung aktiv zu werden. Für die identifizierten Gruppen können dann für Projekte und Maßnahmen zusätzliche Fördergelder generiert werden. Übersetzt bedeute der Begriff vulnerabel verwundbar, gemeint seien gesellschaftliche Gruppen, die durch Anfälligkeit, Unsicherheit und Schutzlosigkeit auffallen.

Herr Göring möchte wissen, wie schnell das Projekt umgesetzt werden könnte.

Herr Grendel teilt mit, dass der Antrag frühzeitig gestellt werden soll, wobei die Antragstellung bis zum 31.12.2019 möglich sei. Möglicherweise werden alle Anträge zunächst bis zu diesem Datum gesammelt. Die Verwaltung habe große Hoffnung, dass alle ordnungsgemäß gestellten Anträge positiv beschieden werden. Der Antrag solle vor der Sommerpause formuliert und gestellt werden, sodass dieser eventuell auch frühzeitiger beschieden werde. Es könnte dann tatsächlich am 01.01.2020 gestartet werden. Der Zeitpunkt der Entscheidung hänge auch mit den Haushaltsmitteln des Fördermittelgebers zusammen.

Herr Mälzer merkt an, dass der vorletzte Absatz der Begründung der Vorlage kaum verständlich sei. Er bittet darum, zukünftig nicht mehr so stark verschachtelte Sätze zu verwenden. Er fragt, ob die Stelle des „Kümmerers“ direkt eine Vollzeitstelle sei.

Herr Grendel nimmt die Anregung bezüglich der Formulierung auf. Die derzeitige Personalausstattung würde erlauben, dass gegebenenfalls sofort mit vorhandenem Personal gestartet werden könnte. Das Personal müsse dann natürlich zum Projektstart noch verfügbar sein. Andernfalls müsse die Stelle in Vollzeit ausgeschrieben werden.

Frau Kruse gibt an, die GfE-Fraktion unterstütze die Beschlussvorlage. In den Niederlanden sei das Projekt bereits gestartet. Sie habe mit der Verwaltung bereits über das Projekt „Gemeindeschwesterplus“ gesprochen. Dies werde ihres Wissens bereits in Baden-Württemberg gefördert. Sie fragt, ob dies mit dem vorgestellten Projekt identisch sei.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Grendel schildert, die erste Förderphase sei nicht identisch. Der „Kümmerer“ koordiniere die gesundheitsfördernden Maßnahmen und helfe bei der Gesundheitsberichterstattung. Das Projekt „Gemeindeschwesterplus“ wäre ein gutes gemeinsames Projekt mit dem Landkreis Aurich, um insbesondere im ländlichen Raum die älteren Menschen zu erreichen. In der zweiten Förderebene könnte für so eine Maßnahme eine Förderung erfolgen. Zunächst müssen jedoch die Schwerpunkte und Herausforderungen identifiziert werden.

Herr Kronshagen befürwortet das Projekt ebenfalls. Eigenleistungen seien durch Personal zu erbringen. Er bittet um Auskunft, ob die Eigenmittel in den nächsten Jahren vorhanden seien, da das Projekt Folgekosten hätte.

Herr Grendel verweist auf die schriftliche Erläuterung zu den finanziellen Auswirkungen. Eigenes Personal müsse natürlich zunächst einmal zur Verfügung stehen. Die Förderung betrage im ersten Jahr 80 %. Somit müssten 20 % Eigenleistungen eingebracht werden. Es bestehen bereits Strukturen, die zusammengebracht und koordiniert werden sollen. Die Arbeit werde bereits mit einem gewissen Arbeitszeitanteil aus dem Fachdienst Gesundheit gewährleistet. Mindestens dieser Arbeitsanteil könne eingebracht werden. Als Risiko seien ab 2020 10.000 € pro Jahr im Haushalt für fünf Jahre eingestellt worden.

Frau Meinen begrüßt, dass die vorhandenen Strukturen eingebunden werden. Es sei bereits viel geleistet worden. Sie spricht dem Fachdienst ein Lob aus, dass die Fördermöglichkeit ausfindig gemacht worden sei.

Herr Grendel bemerkt, die Vorlage sei bewusst vor Stellen des Förderantrages in den Ausschuss eingebracht worden. Der politische Beschluss könne dadurch direkt mit dem Förderantrag eingereicht werden. Aufgrund der Haushaltskonsolidierung sei es ebenso wichtig, die Rahmenbedingungen transparent darzustellen.

Beschluss: Die Stadt Emden bewirbt sich in Abstimmung und Kooperation mit dem Landkreis Aurich (eigener Antrag) um Aufnahme in das kommunale Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 9 Einsatz von Fördermitteln für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt
Vorlage: 17/1017

Herr Wahrenberg erläutert anhand der Vorlage 17/1017 den Einsatz von Fördermitteln für geschlechtliche und sexuelle Vielfalt.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Mälzer stellt fest, dass es laut Vortrag 5.000 Betroffene in Emden gebe, die unter LSBTTIQ fallen. Dies sei seines Erachtens eine hohe Zahl, da es sicherlich in dem Bereich eine hohe Dunkelziffer gebe. Er fragt daher, ob die Zahlen belastbar seien.

Herr Grendel teilt mit, dass bei der Zahl die geschätzte Dunkelziffer mit eingerechnet sei.

Herr Göring stellt in seinem Lebensalltag generell fest, dass die Phobien gegenüber der Zielgruppe durchaus zunehmen. Er möchte wissen, ob es bereits Ansätze gebe, damit die

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Ablehnung eines Menschen nicht mehr so stark auftrete. Es sollte explizit etwas für die Geschlechtergleichstellung innerhalb der Stadt getan werden. Es sei geplant, Fördermittel zu beantragen. Er fragt, ob es diesbezüglich einen Überblick gebe, welche Fördermittel möglich wären. Ebenso weist er darauf hin, dass heutzutage die Stellenanzeigen anders gestaltet werden müssen, um keine Benachteiligung darzustellen. Insbesondere bei der Sprache sollte seines Erachtens begonnen werden.

Herr Grendel bestätigt, dass zu der Arbeit in diesem Bereich natürlich Aufklärung und Sichtbarmachung gehöre. Die Berührungängste der Menschen müssen abgebaut werden. Die Gruppe präsentiere sich bei Veranstaltungen wie beispielsweise „Gemeinsam Vorbeugen“. Die Fördergelder seien bereits vorhanden und würden sukzessive verbraucht. Die richtige Gender-Schreibweise werde natürlich eingeführt. In der Praxis werde die Umsetzung wahrscheinlich nicht sofort in jedem Schreiben erfüllt. Dies werde sich im Laufe der Zeit ergeben.

Frau E. Meyer führt aus, dass die Thematik im täglichen Leben für sie selbstverständlich sei. Es sei verwunderlich, dass in der heutigen Zeit solche Projekte gestartet werden müssen.

Frau Leuffert bemerkt, dass das Projekt leider notwendig sei. Sie habe sich mit den einzelnen Gruppen viel beschäftigt. Für viele Leute sei es natürlich inzwischen selbstverständlich. Nichtsdestotrotz gebe es weiterhin Tendenzen zu Homophobie. Betroffene berichten dies immer wieder, insbesondere transsexuelle Personen hätten oft einen sehr langen Leidensweg. Es bestehe auch immer Zweifel, wie die Familie, die Freunde oder die Arbeitskollegen reagieren. Homophobie sei insbesondere im ländlichen Bereich noch sehr verbreitet. In den Großstädten gebe es bereits Treffen und Bars, wo die Personen Gleichgesinnte finden und sich sicher fühlen. Es sei wichtig, die Gruppen zu stärken und zu unterstützen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 10 Vorstellung der Stadtteilinitiative Borssum (SIBO)
Vorlage: 17/1085

Herr Seemann, Herr Ritter und **Frau Pajeh** stellen anhand einer Power-Point-Präsentation die Stadtteilinitiative Borssum vor. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag. Sie wünscht weiterhin viel Erfolg.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Sachstand FD Gemeinwesen
Vorlage: 17/1086

Frau Wermuth gibt anhand einer Power-Point-Präsentation einen Sachstandsbericht zum Fachdienst Gemeinwesen. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Aus Borssum höre er nur Gutes. Die Flüchtlingssozialarbeit sei angesprochen worden. Er habe in einer anderen Sitzung die Zurverfügungstellung von Praktikanten im Erwerbsbereich angesprochen. Praktika seien geeignet, um Sprache besser zu erlernen. Er möchte wissen, ob es insbesondere zur Dauer der

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Praktika schon Veränderungen gebe. Es gebe seitens des Jobcenters eine Grenze von vier Wochen.

Er befürwortet, dass die Bürger mit einbezogen werden. Er habe selbst einen Antrag für ein Projekt der Altenhilfe gestellt und damals moniert, dass der Antrag viel zu kompliziert sei. Dieser Antrag sei mittlerweile deutlich vereinfacht worden. Es sollten von solchen Fördergeldern nicht nur große Institutionen, sondern vielmehr kleine Nachbarschaftsgruppen profitieren. Diese scheitern manchmal an diesen Förderanträgen, da sie nicht auf den Bescheid warten wollen. Er fragt daher, wie komplex die Anträge seien.

Insbesondere Alt und Jung sollen miteinander verbunden werden. Dazu gebe es schon gute Strukturen. Beispielsweise würden Pflegeheime, Kindergärten oder Grundschulen zusammenarbeiten. Diese Projekte könnten unterstützt werden.

Herr Grendel erläutert zu den Praktika, dass die meisten Personen mittlerweile anerkannt seien. Damit werden die Personen vom Jobcenter verwaltet. Die Praktikumszeiten seien beschränkt. Seines Wissens können diese durchaus 12 Wochen betragen. Dies müsse im Einzelfall geklärt werden. Bis zum letzten Jahr habe es die kommunale Sprachförderrichtlinie gegeben. Aus dieser kommunalen Sprachförderrichtlinie habe die Stadt selbst Sprachförderung betrieben. Dazu zählten auch berufsvorbereitende Kurse wie beispielsweise im Bereich Pflege sowie Lager und Logistik. Dieses Jahr würden letztmalig solche Kurse in der Barenburgschule aus Restmitteln angeboten.

Zum Projekt berichte er, dass in der ersten Phase eine Struktur für Gemeinwesenarbeit aufgebaut worden sei. Hierzu sei ermittelt worden, in welchen Bereichen man sich verstärkt engagieren wolle. In der zweiten Förderphase sei der organisatorische Teil betrachtet worden und der neue Fachdienst entstanden. Die Stellen, die zusammenwirken müssen, agieren nun in einer Organisationsstruktur. Derzeit erfolge die Beantragung der dritten Förderphase in Bezug auf den inhaltlichen Bereich. Es würden Rahmenrichtlinien entwickelt, wobei die Individualität der verschiedenen Gebiete zugelassen und berücksichtigt werde. Es müsse trotzdem ein gemeinsames Verständnis für Gemeinwesenarbeit entwickelt werden. In Borssum beispielsweise arbeiten die Institutionen bereits hervorragend zusammen. Auch in Barenburg gebe es bereits eine längere Historie in der Gemeinwesenarbeit, sodass hier auch schon Anträge gestellt worden seien. Es erfolge eine Verstetigung. Er weist insbesondere darauf hin, dass es beim Schulhaus Borssum nicht nur darum gehe, die Schule zu nutzen. Man wolle der Schule auch ein Partner sein, sodass dieses der Schule wiederum neue Möglichkeiten biete. Gemeinwesenarbeit und Schulsozialarbeit könne ebenso zusammenwirken wie Gemeinwesenarbeit und Flüchtlingssozialarbeit.

Frau Wermuth fügt hinzu, dass die Anträge grundsätzlich verständlich und so einfach wie möglich seien. Die Anträge seien im Netz sowie an den jeweiligen Standorten zu finden. Natürlich werde den Menschen beim Ausfüllen Unterstützung angeboten. Der Stadtteiffond sei tatsächlich Bürgerdemokratie. Die überwiegend ehrenamtliche Jury entscheide über Projekte im Wohnumfeld. Die Richtlinien seien sehr offen, um genügend Spielraum zu bieten.

Das Verbinden von Alt und Jung sei natürlich ein wichtiges Thema. In erster Linie sei die Aufgabe, Bestehendes zu unterstützen.

Herr Grendel ergänzt, es sei auch ein Ziel aus dem Bildungsmanagement Bildungsorte zu öffnen. Die Projekte würden verknüpft. Dies gelinge auf Ebene einer kreisfreien Stadt sehr gut. Die Projekte sollten so sinnvoll miteinander verknüpft werden, sodass mit einer Maßnahme multiple Ziele erfüllt werden.

Frau Kruse verweist auf eine Serie im ZDF, bei der ein Kindergarten und ein Altersheim mehrere Wochen miteinander gearbeitet hätten. Die Senioren waren zunächst total ablehnend und hätten sich nicht viel zugetraut. Es sei ein gemeinsamer Plan mit beiden Institutionen

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

erarbeitet worden. Als Beispiel nennt sie eine Olympiade. Die Senioren hätten am Ende mehr geleistet, als sie sich zu Beginn zugetraut hätten. Es sei ein hervorragendes Projekt gewesen.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 12 Entwicklung der bisher geförderten Projekte der offenen Seniorenarbeit
Vorlage: 17/1090

Frau Snakker berichtet kurz anhand der Vorlage 17/1090 über die Entwicklung der bisher geförderten Projekte der offenen Seniorenarbeit. Sie weist darauf hin, dass für dieses Jahr noch Anträge gestellt werden können. Die ausgewählten Projekte würden im Herbst vorgestellt. Frau Fecht sei zuständige Mitarbeiterin. Bei Problemen mit der Antragstellung sei sie gerne behilflich.

Frau E. Meyer bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

Herr Göring bedankt sich ebenfalls. Die Antragsunterlagen seien durchaus machbar. Den Menschen in der Stadt sollte diese Fördermöglichkeit besser bekannt gemacht werden. Vielfach bestehe bei Ehrenamtlichen die Sorge, etwas falsch zu machen. Es sollte ein niederschwelliges Angebot sein.

Frau Snakker teilt mit, dass jedes Jahr im Frühjahr über die Presse eine Information erfolge. Dieses sei in diesem Jahr noch nicht erfolgt. Stichtag für die Antragstellung sei der 30.06. Es sei jedoch nicht tragisch, wenn ein Antrag mal später eingehe. Meist finde im September die Jurysitzung statt. Auf verschiedensten Veranstaltungen weise sie immer wieder auf die Fördermöglichkeit hin. Auf der Delegiertenversammlung mit allen Einrichtungen, die in der offenen Altenhilfe tätig seien, werde nochmal eine Mitteilung erfolgen. Interessierte Personen können gerne an den Senioren- und Pflegestützpunkt weitergeleitet werden.

Herr Kronshagen ist der Ansicht, dass dies nicht problematisch sei. Den Vereinen und Gruppen sei die Fördermöglichkeit bekannt. Es würden jedes Jahr Anträge gestellt. Er bedankt sich für die Auflistung. Diese verdeutliche, dass die Förderung sinnvoll sei.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

ANTRÄGE VON FRAKTIONEN

TOP 13 Pflegerische Versorgung in der Alten- und Krankenpflege; Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grünen vom 20.03.2019
Vorlage: 17/1093

Herr Göring stellt fest, dass im gesamten Land der Pflegefachkräftemangel zunehme. Dies gelte auch für die Stadt Emden. Die Menschen arbeiten unter schwierigen Bedingungen. Den Pflegefachkräften müsse ein großer Dank ausgesprochen werden. In Zukunft werde es auch durch den demografischen Wandel zunehmend schwieriger. Die Ausbildung von Pflegefachkräften werde durch die Generalisierung der Pflegeausbildung reduziert. Durch die Gesetzesänderung gebe es zu wenig Praktikumsstellen. Seiner Auffassung nach müsste die Stadt Emden ebenfalls eingreifen. Gerade die Emdener Einrichtungen seien in der Lage, Auszubildende zu gewinnen. Im schulischen Bereich könne die Änderung der Ausbildung ebenfalls bewerkstelligt werden. Die zukünftige gesundheitliche Versorgung in Emden sollte stark gefördert werden.

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über die pflegerische Versorgung in der Alten- und Krankenpflege. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Frau Snakker ergänzt, dass es bei der Befragung zur Bedarfsplanung um alle teilstationären, stationären und ambulanten Pflegeanbieter gehe. Die Fragebögen seien heute mit einem Begleitschreiben versandt worden.

Frau E. Meyer bedankt sich für den Vortrag und bittet um Wortmeldungen.

Herr Dr. Ringena bedauert, dass der Tagesordnungspunkt am Ende der Sitzung behandelt worden sei. Nach zwei Stunden Sitzung sinke die Konzentration. Die Thematik sei äußerst wichtig. Der Tagesordnungspunkt hätte seines Erachtens vertagt werden können. Möglicherweise sollte die Anzahl der Sitzungen erhöht werden.

Herr Grendel weist darauf hin, dass der Tagesordnungspunkt 9 in der Sitzung am 05.03.2019 nicht behandelt und somit auf die heutige Sitzung vertagt worden sei. Die Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hätte ausschließlich schriftlich beantwortet werden können. Aufgrund der Wichtigkeit sei die Thematik jedoch auf die Tagesordnung gesetzt worden. Der Ausschuss könne zukünftig ein Signal geben, wenn bei bestimmten Tagesordnungspunkten geringer Informationsbedarf bestehe. Die Verwaltung müsste dann nicht ausführlich vortragen. Die Vorträge würden auf 15 Minuten beschränkt, um eine anschließende Diskussion zu ermöglichen. Er gibt zu bedenken, dass in der Sitzung lediglich 7 Sachthemen zur Beratung vorgesehen waren, eine genaue Sitzungszeit sei dennoch schwer zu kalkulieren.

Frau Kruse gibt Herrn. Dr. Ringena grundsätzlich Recht. Selbstverständlich sei es ein wichtiges Thema. Die Dauer der einzelnen Diskussionen sei nicht immer abschätzbar. Sie bedankt sich bei Herrn Göring und Herrn Grendel, dass die Anfrage nicht nur schriftlich beantwortet, sondern auch auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Die Thematik betreffe alle. Die Vereinheitlichung der Altenpflege und Krankenpflege werde äußerst schwierig. Problematisch seien einheitliche Löhne. Die Tarife seien extrem unterschiedlich. Dies sei ihres Erachtens die größte Schwierigkeit.

Herr Kronshagen betont, dass der Vortrag sehr gut und wichtig gewesen sei. Teilweise hätten die Vorträge jedoch nicht den vorgegebenen Zeitrahmen von 15 Minuten eingehalten.

Herr Götze meint, das Land oder der Bund müsse die entsprechenden Bedingungen stellen. Die Kräfte seien sehr stark belastet. Die Bedingungen und Bezahlung müsse insgesamt verbessert werden, um die Arbeitsplätze attraktiv zu gestalten. Im Pflegebereich sei es aufgrund der Arbeitszeiten schwierig, Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

Herr Göring erwidert, dass laut den gesetzlichen Regelungen die Pflegevergütung soweit angepasst werden könne, dass sie dem Tarifvertrag entspreche. Die gesetzlichen Möglichkeiten gebe es mittlerweile.

Es sei erforderlich, dass in Emden neue Pflegeplätze entstehen. Für das Hospiz würden bereits Bewerbungen angenommen. Diese Bereiche entziehen dem restlichen Markt Fachkräfte. Es gebe bei Bewerbungsverfahren schon länger keine Auswahl mehr. In der Antwort sei formuliert, dass bis zum Jahr 2031 die Zahl der Pflegebedürftigen in Emden um ca. 400 Personen steige. Seiner Einschätzung nach würden davon 100 im Pflegeheim und 300 zuhause betreut. Dies bedeute allein für die Pflegeheime einen Bedarf von 50 zusätzlichen Pflegekräften. Es gebe bereits gesetzliche Veränderungen. Beispielsweise können behandlungspflegerische Leistungen durch Hilfskräfte erbracht werden. Diesbezüglich sei die Profession der Pflegefachkräfte gefragt. Ebenso nehme die Bereitschaft der Angehörigen ab, sich für die eigenen Angehörigen einzusetzen. Er sehe keine wirkliche Lösung, im gesellschaftlichen

Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Bereich Veränderungen zu erzielen. Der veränderten Ausbildung müsse mit entsprechenden Möglichkeiten entgegengewirkt werden.

Herr Grendel erklärt, dass die meisten Pflegebedürftigen zunächst mit einer ambulanten Unterstützung beginnen. Dies entwickle sich bis hin zur stationären Unterstützung. Seines Erachtens werden daher nicht sofort 100 Personen in die stationären Einrichtungen gehen. Durch Anreize wie höhere finanzielle Erstattungen könnte die Bereitschaft von Familien erhöht werden, Pflegeleistungen zu übernehmen. Solche Änderungen könnten Einfluss auf die Entwicklung haben.

Herr Benjamin Bornemann stellt fest, dass sich vieles darauf konzentriere, die Ausbildungsquoten zu halten oder zu erhöhen. Es müsse jedoch auch eine Strategie entwickelt werden, wie Fachkräfte dazugewonnen werden können. Die Stadt müsse gerade bei ausländischen Fachkräften attraktiv gemacht werden.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 14 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Grendel berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation über den Sachstand zum Frauenhaus. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

TOP 15 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.